

Helmut Kohl

Für Menschenwürde und Freiheit, für Gerechtigkeit und Wahrheit

Gedenkrede von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 20. Juli 1994 im Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße, Berlin

I.

Wir ehren heute jene tapferen Männer und Frauen, die vor fünfzig Jahren den Versuch unternahmen, in unserem geschändeten Vaterland die Herrschaft des Verbrechens zu beseitigen. Sie waren bereit, für Menschenwürde und Freiheit, für Gerechtigkeit und Wahrheit ihr Leben aufzuopfern. Sie wollten die „Majestät des Rechtes“ wiederherstellen. Es war ein Aufstand des Gewissens.

Wir verneigen uns am heutigen Tag vor allem vor denjenigen, die den Umsturzversuch des 20. Juli vorbereitet, geplant und gewagt haben: Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, General Friedrich Olbricht, Generaloberst Ludwig Beck, Helmuth James Graf von Moltke, Fritz Dietloff Graf von der Schulenburg, Adam von Trott zu Solz, Dietrich Bonhoeffer, Pater Alfred Delp, Carl Friedrich Goerdeler, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Joseph Wirmer – um stellvertretend für viele nur wenige Namen zu nennen.

Wir wissen heute von mehr als 5000 Verhaftungen und über 200 Hinrichtungen im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944. Mit der sogenannten „Sippenhaft“ wurden Ehefrauen eingesperrt, Mütter von ihren Kindern getrennt, Familien brutal auseinander gerissen. Das unermessliche Leid konnte nur mit großer innerer Kraft ertragen werden. Auch daran denken wir heute.

Wir ehren die Opfer der „Weißen Rose“ um die Geschwister Scholl, wir gedenken der Tat eines Einzelnen wie des Tischlergesellen Johann Georg Elser. Wir erinnern uns an das Martyrium des Domprobstes Bernhard Lichtenberg, wir werden das Leiden und Sterben eines Rudolf Breitscheid nicht vergessen.

Schon bald nach dem gescheiterten Attentat wurde der 20. Juli zum Inbegriff für den deutschen Widerstand gegen die nationalsozialistische Barbarei. Am deutlichsten erkannte der Diktator selbst diese Bedeutung des Umsturzversuchs. Er setzte alles daran, die Tat Stauffenbergs und seiner Mitverschwörer als „Komplott einer ganz kleinen Clique ehrgeiziger und gewissenloser Offiziere“ zu diffamieren.

Noch lange wirkte das Gift dieser Propagandalüge nach. Ganz im Sinne ihres Urhebers wurde sie dazu benutzt, dem militärischen Widerstand die Redlichkeit seiner Motive und Absichten abzusprechen. Die Wahrheit ist jedoch, dass der 20. Juli 1944 Höhepunkt und Endpunkt einer Entwicklung war, die seit Hitlers Machtergreifung Anfang 1933 Männer und Frauen aus unterschiedlichsten politischen Richtungen im Kampf gegen die Herrschaft des Verbrechens zusammengeführt hatte. Beteiligt waren Menschen aus allen Schichten, aus der Mitte des Volkes: Bürgerliche und Adlige; Gewerkschaftler und Offiziere; Arbeiter und Diplomaten; Gelehrte und Geistliche. Es waren nicht viele, aber es waren die Besten.

II.

Menschliche Größe und unvergleichliche Würde gewinnt Widerstand vor allem dort, wo er als freie Entscheidung ein Aufstand des Gewissens ist. Dies gilt ganz gewiss für die Männer und Frauen des 20. Juli. Sie handelten nicht auf Weisung. Es gab keine Massenbewegung, von der sie sich hätten mitreißen lassen können. Niemand nahm ihnen den Entschluss zum existenziellen Wagnis ab. Sie berieten sich mit den Freunden und Gefährten, aber die letzte Entscheidung musste jeder von ihnen für sich selbst treffen. Im Tiefsten ging es ihnen um einen Akt sittlicher Selbstbehauptung. Gerade dadurch konnte der Umsturzversuch heute vor fünfzig Jahren eine so eminente politische Bedeutung gewinnen.

Dieses Datum wird für immer daran erinnern, dass die Würde jedes einzelnen Menschen aller staatlichen Gewalt vorausgeht und ihr übergeordnet ist. Sie ist ein absoluter Wert, der keiner Begründung bedarf. Die Politik kann über diesen Wert nicht verfügen, sondern hat ihn bedingungslos zu achten. Nur unter der Herrschaft des Rechts ist die Würde des Menschen wirksam unterstützt. Diese Überzeugung ist das wichtigste Vermächtnis des 20. Juli 1944.

III.

Was die Männer und Frauen des deutschen Widerstandes miteinander verband, war die gemeinsame Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Regime. Widerstand bestimmt sich zunächst durch den Gegner. Dafür verdient er unser aller Achtung, Vorbildcharakter erhält er aber erst durch die politisch-moralische Zielsetzung.

Um die bleibende Bedeutung des deutschen Widerstandes für Gegenwart und Zukunft ganz begreifen zu können, dürfen wir uns daher nicht auf die Frage beschränken, wogegen er sich gerichtet hat. Wir müssen uns fragen, wofür die an ihm Beteiligten eingetreten sind. In dem Wofür liegt das Vermächtnis, auf das wir uns im vereinten Deutschland gemeinsam beziehen. Die Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit und damit die Rückkehr zu ethischen Werten und Maßstäben – dies war das oberste Ziel der allermeisten, die sich gegen das nationalsozialistische Regime erhoben. Die Beseitigung von Unrecht und Willkürherrschaft war der notwendige Schritt auf dem Weg dorthin.

Von Stauffenberg ist der Satz überliefert: „Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt ...“ So wie er dachten in diesem entscheidenden Punkt all jene Regimegegner, deren Andenken wir heute ehren. Eine Reihe der übrigen innen- und außenpolitischen Vorstellungen in den verschiedenen Widerstandskreisen waren zeitbedingt. Es ist wohlfeil, aus der Sicht von heute zu bemängeln, dass nicht allen Repräsentanten des 20. Juli eine Staats- und Gesellschaftsordnung vorschwebte, wie sie später in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht worden ist.

So mancher von ihnen, auch das ist wahr, hatte sich anfangs durch das Scheitern der Republik und durch vordergründige Erfolge der Diktatur blenden lassen. Es mindert aber keineswegs den Rang dieser Beteiligten, dass sie später ihre Irrtümer einsahen, ja Verstrickungen in Unrecht und Schuld eingestanden.

In Deutschland besteht heute ein breiter Konsens darüber, dass Rechtsstaat und Demokratie untrennbar zusammengehören. Besonders eindrucksvoll hat dies 1946 Gustav Radbruch, Reichsjustizminister in der Weimarer Republik, zum Ausdruck gebracht: „Demokratie ist gewiß ein preisenswertes Gut, Rechtsstaat aber ist wie das tägliche Brot, wie Wasser zum Trinken und Luft zum Atmen, und das Beste an der Demokratie gerade dieses, daß nur sie geeignet ist, den Rechtsstaat zu sichern“.

IV.

Wir können uns aus der zeitlichen Distanz von fünfzig Jahren kaum mehr vorstellen, welche inneren Kämpfe vor allem die am 20. Juli beteiligten Offiziere auszutragen hatten. Sie standen in der militärischen Tradition strenger Gehorsamsbindung und mussten sich erst zu der Erkenntnis durchringen, dass der soldatische Eid dort eine Grenze hat, wo Wissen, Gewissen und Verantwortung die Ausführung eines Befehls verbieten.

Mit zunehmender Deutlichkeit sahen sie, dass ihr Patriotismus ihnen geradezu gebot, Deutschland von der Gewaltherrschaft zu befreien. In der Tat: Wie kann jemand sein Vaterland lieben und gleichzeitig mit ansehen, wie es von Verbrechern zugrunde gerichtet wird? Vielleicht war es diese Frage, die Generaloberst Ludwig Beck bewegte, als er einmal tief erschrocken über Hitler notierte: „Dieser Mensch hat ja gar kein Vaterland!“

Die gleiche Gesinnung spricht aus den Worten, mit denen Generalmajor Henning von Tresckow einen Tag nach dem Attentat von einem Freund Abschied nahm: „Wenn einst Gott Abraham verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott Deutschland um unserwillen nicht vernichten wird.“ Im Diktator sah Tresckow nicht nur den „Erzfeind Deutschlands“, sondern auch den „Erzfeind der Welt“. Ebenso wie für seine Freunde und Gefährten bildeten für ihn patriotische Gesinnung und die Treue zu universellen ethischen Werten eine untrennbare Einheit.

Die Gegnerschaft des deutschen Widerstandes bezog sich deshalb nicht nur auf die Diktatur im Innern. Auch seine außenpolitischen Überlegungen waren getragen von dem Grundgedanken einer friedlichen und gerechten Ordnung unter den Völkern. In diesem Geiste forderte Graf Moltke im Blick auf eine europäische Nachkriegsordnung das „Ende der Machtpolitik, das Ende des Nationalsozialismus, das Ende des Rassegedankens, das Ende der Gewalt des Staates über den Einzelnen“.

Auch solche Gedanken waren, wie Theodor Heuss bereits vor vierzig Jahren sagte, „ein Geschenk an die deutsche Zukunft“. Rudolf Pechel, der das Konzentrationslager überlebt hatte, bezeichnete 1951 in Den Haag den deutschen Widerstand „als Teil des Kampfes gegen den Totalitarismus“. Die Widerstandsbewegungen in den verschiedenen Ländern könnten und sollten für die Grundlagen „des kommenden Europas ... als ein einigendes Element wirken“.

Bei allen Unterschieden von Land zu Land teilten die Widerstandsbewegungen die Hoffnung, dass die leidvolle Geschichte von Krieg und Unterdrückung in Europa ein Ende haben müsse. So haben die Männer und Frauen des 20. Juli uns Deutschen

auch geholfen, bald nach dem Krieg in die Gemeinschaft der freien Völker zurückzufinden.

V.

Zum Erbe des Widerstandes gehört in Deutschland die Gemeinsamkeit der Demokraten als wichtigster Ausdruck unserer Überzeugung vom Vorrang der Menschenwürde, des Rechts und der Gerechtigkeit. Unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, gründet sich auf diesen antitotalitären Konsens, auf die Absage an jede Form von Diktatur, Willkür und Unrecht. Diese Gemeinsamkeit ist das Herzstück unserer Staatsräson.

Führende Politiker der Nachkriegszeit wie der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher und der erste CDU-Vorsitzende Andreas Hermes hatten die Gefängnisse und Konzentrationslager, die Todeszellen der nationalsozialistischen Diktatur durchlitten. Doch die Hoffnung auf einen übergreifenden Konsens aller Regimegegner beim Aufbau eines neuen Deutschland erfüllte sich nur zum Teil.

Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung, aber Freiheit brachte er nicht allen Deutschen. Wir kennen die Namen von vielen, die den Kerkern der Nationalsozialisten entronnen waren und schon wenig später in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands aus politischen Gründen drangsaliert, unter massiven Druck gesetzt, zu Haft, jahrzehntelanger Zwangsarbeit oder gar zum Tod verurteilt wurden. Ehemalige Nazigegner kamen im Zuchthaus Bautzen oder im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen ums Leben. Von diesem Leid – und auch vom Leiden und Sterben in einem von Mauer und Stacheldraht umgebenen Staat – dürfen wir nicht schweigen. Auch dies gehört zur Geschichte unseres Volkes im 20. Jahrhundert.

Wir tun gut daran, uns am heutigen Tag die Lehren dieser Geschichte in Erinnerung zu rufen. Wer heute konsequent unsere freiheitliche Demokratie verteidigt, wird morgen nicht in die Lage kommen, Widerstand leisten zu müssen. Wo die Bürger teilnahmslos abseits stehen und sich nicht mehr für die demokratische Ordnung einsetzen, besteht die Gefahr, dass die Feinde der Freiheit, dass Rechts- und Linksextremisten diese Ordnung unterwandern und dann zerstören.

Das Verhängnis ist kaum noch aufzuhalten, wenn dann auch noch gesellschaftliche und politische Eliten den Extremisten die Hand reichen – womöglich in der Illusion, sie würden mit ihnen schon fertig werden. In Wahrheit gibt es keinen Kompromiss zwischen Freiheit und Unfreiheit. Jeder von uns bleibt aufgefordert, ideologisch begründeten Wahrheits- und Machtansprüchen zu widerstehen und jeglicher Form von Fanatismus entgegenzutreten. Intoleranz und Missachtung des anderen dürfen in Deutschland nie wieder eine Chance haben.

Die entscheidende moralische Trennlinie – das hat uns die Geschichte dieses Jahrhunderts im Übermaß gezeigt – verläuft nicht zwischen links und rechts, sondern zwischen Anstand und Ruchlosigkeit. Wer politischen Extremismus als etwas Normales verharmlost und dessen Intoleranz aus falsch verstandener Großmut toleriert, der versündigt sich – gewollt oder ungewollt – an unserer Demokratie. Wenn

wir jedoch allen Anfängen gemeinsam wehren, dann haben politische Extremisten nie wieder eine Chance, unser Vaterland ins Unglück zu stürzen.

VI.

Das Vermächtnis des 20. Juli 1944, so sagte Theodor Heuss heute vor vierzig Jahren, „ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung noch nicht eingelöst.“ Auch im wiedervereinigten Deutschland behält dieser Satz seine Gültigkeit. Die Verpflichtung, von der unser erster Bundespräsident sprach, wird nie erlöschen. Wir dürfen und wir werden nicht nachlassen in unserer Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Freiheit. Das ist der größte und vornehmste Ausdruck des Dankes, den unser Volk den Männern und Frauen des deutschen Widerstandes für immer schulden wird.